



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

24. Jg. Nr. 6
Dezember 2018

Editorial

Mitteeuropäische Zeit

Wir sind mitten in der "dunklen Jahreszeit". Im nächsten Jahr klärt sich die Frage, ob die regelmäßige Umstellung der Uhrzeiger ab 2021 abgeschafft wird. Mehrere Millionen Menschen – auch ich –, aber insgesamt nur 0,89 Prozent der Bürger Europas haben sich an einer EU-Online-Umfrage beteiligt. Mit großer Mehrheit – auch ich gehörte dazu – haben sie sich für die Abschaffung der Uhrumstellung ausgesprochen. Doch hier beginnt das Problem, das übrigens keine Bagatelle, sondern ein ernst zu nehmendes sozioethisches Thema ist: Welche (!) Zeit soll die dauerhafte sein?

Es gibt eine große Kampagne für eine so genannte "ewige Sommerzeit". Das klingt nach langen schönen Sommerabenden im Biergarten. Und auch die Wirtschaft (jenseits der Kneipen) ist dafür. Doch die "ewige Sommerzeit" würde dazu führen, dass Kinder im Winter über zehn Wochen länger im Dunkeln zu Kindergarten oder Schule gehen, und dies im Berufsverkehr. Eine solche Gefährdung der Kinder ist nicht tragbar. Und es gilt für alle: Zehn Wochen länger hell am Sommerabend heißt bei "ewiger Sommerzeit" zehn Wochen länger dunkel am Wintermorgen. Ökosoziale Aspekte sind zu bedenken, chronobiologische Forschungen zu berücksichtigen. Geographisch, liest man, entspreche die Sommerzeit etwa dem normalen Tagesablauf von Sankt Petersburg oder Istanbul. Europapolitische Argumente müssen ausgetauscht werden, zu vielleicht neu entstehenden Zeitzonen in der Mitte der EU. Wir müssen das Thema zusammen mit unseren Nachbarn angehen.

Bevor sich zum Traumwort von der ewigen Sommerzeit noch das düstere Totschlagwort der "ewigen Winterzeit" gesellt: Es gibt nur eine verantwortbare, vernünftige und ökobiologische Lösung, nämlich die Wiedereinführung der dauerhaften Normalzeit, wie sie der Mensch hierzulande seit Jahrhunderten kennt, die Mitteleuropäische Zeit (MEZ). Hoffen wir auf eine kluge Debatte im kommenden Jahr!

Stefan Vesper

Inhalt

Die Illusion der Homogenität _____ 2

Pluralisierungsschübe im katholischen Milieu

Hubert Wissing

Pflegearbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe _____ 4

Ein Erfahrungsbericht

Gisela Koopmann

Zeit zu Handeln _____ 6

Konsequenzen aus der MHG-Studie für strukturelle Änderungen in der katholischen Kirche

Pater Klaus Mertes SJ

Gemeinsam an einem Strang ziehen ____ 9

Die Ziele des 3. Ökumenischen Kirchentags

Thomas Sternberg

Religionsfreiheit als Menschenrecht __ 10

Die Situation im Nahen Osten

Lydia Klinkenberg

Gott bleibt dabei, auch wenn keiner mehr hinschaut _____ 12

Eine Weihnachtsmeditation

Christoph Stender



Die Illusion der Homogenität

Pluralisierungsschübe im katholischen Milieu

Wie lässt sich das Zusammenleben in der pluralistischen Gesellschaft organisieren? Der niederländische Politikwissenschaftler Arend Lijphart gab darauf vor 50 Jahren eine lange Zeit prägende Antwort. Es handelte sich dabei zwar um eine spezifisch niederländische Variante des Pluralismus, die aber idealtypisch auch als Modell für andere vergleichbar modernisierte nationalstaatliche Gesellschaften stehen konnte.

Der Pluralismus der niederländischen Gesellschaft drückte sich in einer Versäulung mit streng getrennten Lebenswelten aus.

"Und streng getrennt bedeutete: Ein katholischer Junge besuchte natürlich katholische Schulen und wurde Mitglied eines katholischen Fußballvereins. Ebenso selbstverständlich verliebte er sich in ein katholisches Mädchen, das er auch heiratete. Er wählte die katholische Partei und war Mitglied der katholischen Gewerkschaft. [...] Von der Wiege bis zur Bahre blieb man innerhalb der eigenen Säule – ob katholisch, protestantisch oder sozialdemokratisch –, abgeschirmt von den anderen weltanschaulichen Säulen."

So schildert es prägnant der Historiker Friso Wielenga.

Was aus heutiger Sicht wie eine Märchenwelt anmutet, beschrieb in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine gesellschaftliche Wirklichkeit. Die plurale Gesellschaft organisierte sich als eine Ansammlung von Parallelgesellschaften, lange bevor dieses Wort die multikulturelle Gesellschaft negativ konnotierte. Die kulturelle Verschiedenheit ließ sich aushalten, weil es für die "Normalbürger" nur wenig Berührungspunkte gab und weil die Zugehörigkeit zu einer Säule per se noch keine soziokulturelle Benachteiligung darstellte. Das galt in weiten Teilen auch für das katholische Milieu in (West-) Deutschland. Man muss sich nur erinnern, welch kaum zu überwindendes Hindernis für eine Ehe noch vor fünfzig Jahren die Konfessionsverschiedenheit der Partner war. In einer streng versäulten Gesellschaft wäre diese Beziehung gar nicht erst zustande gekommen, aber in der konsolidierten Bundesrepublik stellte sich diese Herausforderung, nicht zuletzt durch den Zuzug von Vertriebenen, vermehrt.

Daran lässt sich zugleich ablesen, wie der versäulte Pluralismus mit der Zeit durchlässiger wurde. Die Konfession oder Weltanschauung hatte in den 1960er Jahren nicht mehr eine alle Lebensbereiche durchdringende und formatierende Prägestärke. Aber noch immer gab es ein klares Verhältnis von Mehrheits- und Minderheitskultur. So musste sich beispielsweise eine evangelische Christin, die in einer ganz mehrheitlich katholisch geprägten Region wie dem Münsterland in eine katholische Familie einheiratete, anpassen. Und auch wenn die Erziehung der Kinder in den meisten Fällen primär der Mutter oblag, gab es zugleich die deutliche, um nicht zu sagen rigide Erwartungshaltung, zum einen des sozialen Umfelds, aber auch nicht zuletzt der katholischen Kirche selbst, dass die Kinder in einer konfessionsverschiedenen Ehe katholisch zu taufen und zu sozialisieren waren. Die Gesellschaft und die kleineren sozialen Einheiten wie die Familien waren also nicht mehr uniform, aber es galt eine "Leitkultur".

Das ist heute Vergangenheit. Dafür sehe ich mit Blick auf die Katholiken und das katholische Milieu vor allem zwei Gründe: den Rollenwechsel von der Mehrheit zur Minderheit und die innerkirchliche Pluralisierung.

Der Anteil der Katholikinnen und Katholiken an der deutschen Bevölkerung liegt mittlerweile unter 30 Prozent. Für die evangelischen Christen gilt dasselbe. Es gibt große regionale Unterschiede und in den Regionen große Unterschiede zwischen Stadt und Land. Aber inzwischen sind die Christen nicht nur in Ostdeutschland in der Minderheit. In der besonders stark katholisch geprägten Metropole Köln machen die Christen nach neuesten Zahlen weniger als die Hälfte der Bevölkerung aus. Das stark protestantisch geprägte Stuttgart, der Ort des nächsten Katholikentags, hat überraschenderweise ähnlich viele katholische wie evangelische Einwohnerinnen und Einwohner – aber zusammen liegen sie auch hier unter 50 Prozent. Allen soziologischen Gesetzmäßigkeiten zufolge und allen auf quantitatives Wachstum setzenden missionarischen Aufbrüchen zum Trotz ist zu erwarten, dass dieser Trend sich fortsetzt. Das hat nicht nur mit dem Schwinden der Plausibilität des Glaubens in einer von wissenschaftlicher Rationalität geprägten Kultur zu tun. Auch die verbreitete Kritik an der Institution Kirche und ihre dazu einladende Kritikanfälligkeit sind noch keine hinreichenden Gründe für das

allmähliche Abbröckeln. Soziologisch wiegt in einer "Gesellschaft der Singularitäten" (Andreas Reckwitz) die Rückläufigkeit der Attraktivität einer lebenslangen Bindung an Organisationen (neben den Kirchen sind auch Parteien und Gewerkschaften betroffen) ebenso schwer.

Für viele katholische wie evangelische Christinnen und Christen ist diese neue Position als (immer noch relativ große) gesellschaftliche Minderheit ungewohnt und unbequem. Nicht selten wird sie als Kränkung oder Bedrohung erfahren. Die Katholiken sind, obschon immer noch politisch gut vernetzt (man sehe nur auf den Wettstreit dreier Katholiken um den CDU-Vorsitz und mutmaßlich die nächste Kanzlerschaft), keine gesellschaftlich tonangebende Gruppe mehr. Bedrohlich wirkt vor allem das Wachstum des Anteils und der öffentlichen Präsenz anderer weltanschaulich definierter Gruppen, insbesondere der Muslime und der religiös indifferenten Menschen. Dabei spielt zunächst noch keine Rolle, dass es sich hier gar nicht um homogene und organisierte Gruppen handelt. Es sind aus katholischer Sicht die Anderen, und die sind "gefühlte" in der Mehrheit.

Das führt aber zu dem zweiten und in meinen Augen noch stärker herausfordernden Pluralisierungsschub. So wenig, wie es "die Muslime" und erst recht nicht "die religiös Indifferenten" (nicht zu verwechseln mit "den Atheisten") gibt, lässt sich noch von "den Katholiken" reden. Längst gibt es auch eine innerkatholische Pluralität. Was als typisch katholisch gilt und wie Katholikinnen und Katholiken tatsächlich leben und urteilen, ist auseinandergefallen. Eine wichtige Markierung in diesem Prozess war, ebenfalls vor 50 Jahren, die Enzyklika "Humanae vitae" mit dem päpstlichen Verbot jeglicher künstlicher Empfängnisverhütung. Eine große Mehrheit auch der mit der Institution Kirche verbundenen katholischen Christen steht in dieser und in anderen die Lebensführung betreffenden Fragen in Opposition zu lehramtlichen Festlegungen. Das haben, neben anderen Untersuchungen, eindrucksvoll die Befragungen des Kirchenvolks vor den Familiensynoden 2014 und 2015 vor Augen geführt.

Doch damit nicht genug: Innerkirchliche Pluralität beschränkt sich nicht auf mehrheitlichen Ungehorsam der

katholischen Basis gegenüber der Chefetage in manchen für die Organisationskultur durchaus neuralgischen Punkten. In den großen ethischen Debatten unserer Tage ist im persönlichen Gespräch nicht selten zu erfahren, dass die von der katholischen Kirche vertretene politische Position für den unbedingten Schutz des Lebens von vielen katholischen Christen nur bedingt geteilt wird, zum Beispiel wenn es um das frei bestimmte Ende des Lebens geht. Und zwar nicht aus Desinteresse (das es sicher auch bei nicht sehr stark mit der Organisation identifizierten Mitgliedern gibt), sondern weil von ihnen eine andere politische Haltung als barmherzig und der christlichen Botschaft entsprechend angesehen wird. Die Deutungshoheit der Institution über höchstpersönliche Fragen – Was ist ein gutes Leben? Wen darf ich lieben? Wie will ich sterben? – wird nicht mehr anerkannt. Die Homogenität des katholischen Teils der Bevölkerung ist eine – mitunter politisch nützliche – Illusion.

Der ZdK-Sachbereich Politische und ethische Grundfragen hat Pluralität und Pluralitätsfähigkeit der katholischen Kirche als Schwerpunktthema seiner Arbeit gewählt. Vom 30. September bis 1. Oktober 2019 führt er in Kooperation mit der Akademie der Versicherer im Raum der Kirchen das Symposium "Anstrengende Vielfalt. Kirche in der pluralen Gesellschaft – zwischen verlorenen Gewissheiten und gewonnenen Optionen" im Katholisch-Sozialen Institut Siegburg durch. Die Tagungseinladung erscheint Anfang 2019 auf www.zdk.de.

Dr. Hubert Wissing

Leiter der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im ZdK-Generalsekretariat

Pflegearbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Ein Erfahrungsbericht

Das ZdK hat in seiner Vollversammlung am 23. November 2018 einen Erklärungstext mit dem Titel "Gerechte Pflege in einer sorgenden Gesellschaft – Zur Zukunft der Pflegearbeit in Deutschland" verabschiedet. Die Erklärung wirbt für eine größere Vielfalt von Pflegeformen und ein stärkeres Ineinandergreifen von Hilfen, die die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen mit ihren individuellen Bedarfen, Möglichkeiten und Wünschen in den Blick nehmen. Der auf der Vollversammlung vorgetragene Erfahrungsbericht verdeutlicht beispielhaft, wie Angehörigenpflege als Ausdruck lebendiger Sorgebereitschaft und familiärer Solidarität als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden muss.

Im Jahr 1991 zogen mein Mann und ich in unseren heutigen Wohnort. Dort bauten wir das Haus der Eltern meines Mannes um, in dem meine Schwiegereltern und die Großmutter meines Mannes lebten. 1992 und 1993 sind unsere Kinder geboren und so lebten wir mehrere Jahre in einem Haushalt mit vier Generationen.

Die Großmutter meines Mannes stürzte kurz vor ihrem 90. Geburtstag und war von einem Tag auf den anderen sehr pflegebedürftig. Wir haben sie bis zu ihrem Tod im Alter von 92 Jahren zu Hause gepflegt. Dies war eine sehr herausfordernde Zeit. Es war aber gut tragbar, da die ganze Familie mithalf. Zu dieser Zeit hatte ich eine Arbeitszeit von 20 Stunden. Ein Pflegedienst kam morgens und abends. Trotzdem blieben noch viele Handgriffe, die getan werden mussten. Ein entscheidender Punkt für das Gelingen war, dass meine Schwiegereltern zu Hause waren. Mein Mann und ich haben viel von der körperlichen Pflege übernommen, meine Schwiegermutter die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten.

Der Punkt, an dem man denkt, es nicht mehr zu schaffen

Eine kurze Zeit nach dem Tod der Großmutter nahm die rheumatische Erkrankung meiner Schwiegermutter zu. Auch mein Schwiegervater baute parallel ab. Jeden Morgen ging ich zur

Schwiegermutter und half ihr beim Duschen und Anziehen. Wenn mein Mann und ich mit den Kindern in den Urlaub fuhren, übernahm die Sozialstation diese Aufgaben. Zusätzlich halfen uns auch ein Netzwerk aus Nachbarn, mein eigener Vater und Freunde. Eine Tabelle mit Besuchszeiten und Aufgaben und eine Mappe mit allen wichtigen Informationen gaben den Helfenden und uns ein gutes Gefühl. Doch jeder Urlaub erforderte immer wieder eine intensive Vorbereitung. Mit plötzlichem Gehirnbluten verbrachte die Schwiegermutter acht Wochen im Krankenhaus und anschließend sechs Wochen in der Reha. Dann holten wir sie nach Hause. Seitdem rief sie viel, jedoch kannte keiner den Grund. Das war eine schwere Situation für alle. Das ständige Rufen lässt einen irgendwann verzweifeln, es macht aber auch aggressiv. Wir hatten über die Sozialstation noch eine Pflegekraft für 15 Stunden in der Woche eingestellt, der Pflegedienst kam zwei bis dreimal am Tag. Trotz dieser Unterstützung waren es noch immer lange Nachmittage, aber vor allem lange Nächte. In dieser Zeit schaffte ich es oft nicht, einzukaufen und Essen zu kochen. Auch in diesem Fall haben wir Hilfe von außen erhalten. Der Besitzer unseres Lieblingsrestaurants machte uns ein tolles Angebot: Von montags bis freitags konnten wir dort für 8€ ein Essen für uns abholen. Dennoch waren mein Mann und ich häufiger an einem Punkt, an dem wir dachten, es nicht mehr zu schaffen. Zwei Tage vor Weihnachten 2012 rief meine Schwiegermutter dann plötzlich nicht mehr und sie wurde ganz ruhig. Sie ist Neujahr 2013 verstorben. Die letzten sechs Wochen vor ihrem Tod waren sehr herausfordernd. In dieser Zeit haben wir unsere Freizeitgestaltung komplett eingestellt. Gleichzeitig durften wir aber auch Freunde erleben, die einfach für uns da waren.

Demenz, die große Unbekannte

Dann waren wir mit meinem Schwiegervater allein. Es schien, er war froh, viel mehr Aufmerksamkeit zu bekommen. Doch nun hatten wir mit einer neuen Unbekannten zu tun: beginnende Demenz. Hier braucht man viel Zeit und Betreuung. Wir stellten zusätzlich eine nette Dame aus dem Nachbarort ein, die mit ihm einkaufen ging, kochte und seine Räume in Ordnung hielt. Im Februar 2016 kam ich jedoch an einen Punkt, an dem ich mich mit der Pflegesituation zu Hause überfordert fühlte und sehr angeschlagen war. Daher sahen wir uns kurzfristig nach einem Kurzzeitpflegeplatz

um. Ich fand in einem Umkreis von 50 km jedoch keine Pflegeeinrichtung mit einem kurzfristigen Platz in der Kurzzeitpflege. Man sagte mir, ich solle meinen Schwiegervater ins Krankenhaus einliefern lassen, denn dann wäre es einfacher, einen Kurzzeitpflegeplatz zu finden. Meiner Meinung nach sind demente Personen jedoch nicht gut in einem Krankenhaus untergebracht, vor allem nicht, wenn es gar nicht erforderlich ist. Und so war ich eher wieder gesund, als dass ich einen Kurzzeitpflegeplatz gefunden habe. Mein Schwiegervater ist dann am 1. November 2016 plötzlich an einem Herzinfarkt gestorben.

So waren wir siebzehn Jahre lang in unserer Familie und ganz besonders im eigenen Haus immer wieder mit Fürsorgearbeit in Form von Pflege beschäftigt. Ich glaube, das gelang uns nur durch den starken Familienzusammenhalt, den guten Freundeskreis, die Unterstützung durch Pflegefachpersonal, die lieben Nachbarn und andere Menschen aus unserem Umfeld. Es gibt Zeiten, in denen der eingeübte Pflegealltag gut läuft. Es gibt aber auch Zeiten, wo mehr Hilfe erforderlich ist; dann ist der Druck größer und die Belastung stärker. Dabei musste ich Gelassenheit und Geduld lernen. Eigentlich bin ich eine Planerin. Aber das geht in der Pflege von Menschen nicht. Es kommt doch immer wieder anders als geplant. Die Sorge um den Angehörigen kann an den Rand der Erschöpfung bringen, weil man sich schnell immer mehr auflädt und denkt: "Das schaffe ich doch auch noch." Dennoch ist es ein sehr bereichernder Weg, den man zusammen geht. Wenn die Kinder selbstständiger werden, freut man sich mit ihnen über die erreichten Entwicklungsstufen. Beim Älterwerden ist es ein Weg der vielen Abschiede – von dem, was der älter werdende Mensch früher allein konnte. Das ist auch für den Pflegebedürftigen eine schmerzliche Erfahrung. Umso wichtiger war es mir und meinem Mann, den Eltern zu sagen und zu zeigen, dass wir für sie da sind. Unsere Eltern haben viel für uns getan, wir haben gerne etwas zurückgegeben. Familie ist für uns die stärkste und verlässlichste Solidargemeinschaft, getragen von Liebe.

Die Vision einer sorgenden Gesellschaft

Die Mehrheit der alten Menschen wünscht sich, in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Also müssen wir doch gerade die häusliche Pflege unterstützen. Dabei hatte ich aber immer das Gefühl, dass die Pflege zu Hause bei den Pfleg-

kassen nicht so bewertet wird wie die Pflege durch Pflegefachpersonal. Um die Pflegestufen bei der Pflege zu Hause muss man kämpfen, da ein Großteil der Pflegezeiten bei der Bewertung nicht mitzählt. Zumindes habe ich das so bis 2016 erfahren. Ein politisches Ziel gerät mir dabei immer mehr in den Blick: Die Pflege müsste in der Rentenversicherung viel besser bewertet werden, die Anerkennung der familiären und ehrenamtlichen Pflegeleistung dort deutlich ausgebaut werden. Altersarmut hat häufig ein weibliches Gesicht. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der wir Zeit für Fürsorgearbeit haben und dabei nicht Gefahr laufen, im Alter unter Armut zu leiden. Fürsorge sollte nicht gering bewertet sein, denn sie ist häufig unbezahlbar. Familien sind der größte Pflegedienstleister in unserer Gesellschaft. Das bedarf einer großen Wertschätzung.

Folgendes ergibt sich mit einem Blick auf mein Rentenkonto: Bei meiner Pflegeetätigkeit von 17 Jahren, wurden Rentenbeiträge für 94 Monate entrichtet. Das sind 7,83 Jahre. Insgesamt ergibt das eine Rente von 70,50 Euro brutto. Davon gehen noch die Kranken- und Pflegeversicherung ab. Bei diesem Betrag ist Altersarmut vorprogrammiert. Ist das Wertschätzung? Die Pflege durch Angehörige muss finanziell mehr honoriert werden. Pflegenden reduzieren aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit und sollten dafür einen finanziellen Ausgleich erhalten. Wir brauchen eine Pflegezeit ähnlich der Elternzeit. Das würde konkret eine sozialversicherungsrechtlich und finanziell abgesicherte Pflegezeit bedeuten. Dazu brauchen wir auch das Rückkehrrecht auf den Arbeitsplatz und das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

Gisela Koopmann

Vorsitzende des Familienbundes der Katholiken, Landesverband Oldenburg und Niedersachsen

Zeit zu handeln

Konsequenzen aus der MHG-Studie für strukturelle Änderungen in der katholischen Kirche

"Wenn in einer Seelsorgeeinheit mit ca. 7.000 KatholikInnen 10 % zum Sonntagsgottesdienst gehen, so sind unter ihnen statistisch (...) 84 MitchristInnen, die zwischen 0 und 14 Jahren sexuellen Kindesmissbrauch erlebt haben. Nehmen wir die Frauen und Männer hinzu, die nach dem 14. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlebt haben, so müssen wir damit rechnen, dass in jeder Versammlung von mehr als vier ChristInnen EIN Opfer sexueller Gewalt anwesend ist (...) Opfer sexueller Gewalt achten meist sehr aufmerksam darauf, ob eine christliche Gemeinde sie ausgrenzt oder als zugehörig ansieht (...)." Eine Frau schreibt, die normalen Gottesdienstbesucher schauten "immer auf Problemlagen außerhalb ihrer Kreise (...). Ich warte darauf, dass in den Gottesdiensten zur Sprache kommt, dass Opfer von Kindesmissbrauch mitten in der Gemeinde sind."

Die kirchliche Sprache im Umgang mit Missbrauch grenzt oft aus. Das kann schon mit der Problemdefinition beginnen. Wenn die Missbrauchskrise als Glaubwürdigkeitskrise definiert wird, sind wir schon wieder bei der Institution und nicht bei den Betroffenen. Ich bestreite nicht, dass es die Glaubwürdigkeitskrise gibt. Aber sie wird nicht überwunden werden, wenn das Ziel bloß die Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit ist.

Die Frage, die über die Perspektive der Institution hinausführt, lautet: Was hören wir von den Betroffenen – und was brauchen sie? Die Frage lässt sich nicht paternalistisch von oben her beantworten, zumal Betroffene keine in sich geschlossene Gruppe sind. Von vielen Betroffenen höre ich den Wunsch nach seelsorglichen Kompetenzzentren, auch übrigens für Betroffene aus dem gesellschaftlichen und familiären Bereich. Manche suchen Vernetzung mit anderen Betroffenen; die ist angesichts der nachvollziehbaren Diskretionsbedürfnisse von anderen Betroffenen nicht immer leicht zu vermitteln. Wieder andere brauchen unkomplizierte, unbürokratische Hilfe, andere wiederum möchten ihre Erfahrungen in den kirchlichen und gesellschaftlichen Diskurs einbringen, andere wieder-

um engagieren sich politisch. All das wären auch Themen für eine bundesweite, unabhängige und niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene, wie die MHG-Studie sie vorschlägt.

Ich stelle die Opferperspektive nicht antagonistisch gegen die Institutionsperspektive. Aus den Opferberichten fällt vielmehr auch ein Licht auf die Institution, so dass diese sich selbst in diesem Licht sieht. Das betrifft dann auch den Blick auf die Strukturen, in denen der Missbrauch stattfindet und die ihn begünstigten. Betroffene erzählen mir zum Beispiel, wie sie den Zusammenhang von kirchlichen Machtstrukturen oder auch von kirchlicher Sexualmoral mit dem erfahrenen Missbrauch sehen. Ich muss nicht in jedem Punkt mit ihren Einschätzungen übereinstimmen, aber ich muss die Rückmeldung an mich heran- und mich von ihr herausfordern lassen. Geschieht dies, dann ist der selbstkritische Blick nicht einfach ein Rückfall in die narzisstische Institutionsperspektive. Es gibt einen Blick auf die eigene Institution, der keine Abwendung von den Opfern ist.

Die Verantwortlichkeit der Bischöfe

Als die Jugendlichen des Canisius-Kollegs im Jahre 2010 durch die Stadt fuhren und das Bild ihrer Schule als "Schule des Grauens" auf den Zeitungen betitelt sahen, tat ihnen das weh. Sie wollten auf die Straße vor das Kolleg gehen und dagegen protestieren. In einer Schulversammlung klärten wir dann folgendes Prinzip: Wer Machtmissbrauch in einer Institution aufklären will, muss bereit sein, den Preis der Stigmatisierung, der Brandmarkung der Institution zu zahlen. Das taten die Jugendlichen dann auch solidarisch, bis heute, und die von Ettal, vom Aloisius-Kolleg in Bonn und von den Regensburger Domspatzen ebenfalls.

Etwas Ähnliches leisten seit Jahren die vielen Gläubigen in der Kirche, die nicht die geringste Verantwortung tragen für das Institutionsversagen, das ja auf Ebene der Leitung liegt. Dasselbe gilt auch für ganz viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kirche, nicht zuletzt für die, die in den letzten Jahren als Missbrauchs- und Präventionsbeauftragte für die Kirche die Kohlen aus dem Feuer geholt und Kärnerarbeit geleistet. Doch die Be-

reitschaft, die Stigmatisierung solidarisch mitzutragen, kommt an ihr Ende. Ich kann das nachvollziehen. Eine Präventionsbeauftragte sagte mir kürzlich: "Ich bilde die ehrenamtlichen Kommunionmütter in Prävention aus, und dann kommen die Pfarrer und machen was sie wollen." Wer sich täglich auf der Ebene abmüht und dann absurde Interviews von Nuntien in der Herder-Korrespondenz oder von römischen Kardinälen, wie am 22. November 2018 bei KNA referiert, lesen muss, den packen eben irgendwann auch Trauer und Zorn. Immer mehr Gläubige ertragen das vereinnahmende "Wir" aus dem Munde von Bischöfen nicht mehr.

Das Institutionsversagen ist ein Versagen der Verantwortlichen in der Institution, und es ist zugleich auch ein Versagen der Institution selbst. Das Problem, das gerade den Verantwortlichen so schwer zu vermitteln ist, lautet: Sie agieren in Strukturen, in denen die Aufarbeitung auch beim besten Willen letztlich nicht gelingen kann. Wir stehen eben vor einem Strukturproblem. Solange die Bischöfe bis hin zum Papst in diesen Strukturen arbeiten, steigert sich die Glaubwürdigkeitskrise permanent in dem Maße, in dem sie in eben diesen Strukturen bearbeitet wird. Münchenhausen kann sich nicht an den eigenen Haaren aus der Grube herausziehen. Noch hat sich die Kirchenleitung an diesem Punkt nicht zum Offenbarungseid durchringen können. So lange das aber so ist, wird sie in dem Maße die Kontrolle über die Aufklärungsprozesse weiter verlieren, je mehr sie versucht, die Kontrolle in der Hand zu halten.

Das Ganze wirkt, gerade in den Wochen vor und nach der Veröffentlichung der MHG-Studie, wie rasende Talfahrt nach unten. Die Kirche gefährdet, solange sie die Dynamik hinter dieser Talfahrt nicht begreift, letztlich ihre eigene Institutionalität. Wenn sich in der Gesellschaft der Eindruck verfestigt, dass die Kirchenleitung nicht in der Lage ist, die Einhaltung elementarer Standards von Anstand und Sitte gerade auch beim eigenen leitenden Personal einzufordern und durchzusetzen, dann ist der Sinn ihrer institutionellen Verfasstheit und damit auch ihr Selbstbestimmungsrecht in Frage gestellt. Irgendwann wird der Staat reagieren müssen – und das ausgerechnet in Zeiten der Individualisierung und des Populismus, wo die Politik eigentlich dringend gesellschaftliche Partner

bräuchte, die sich als gemeinwohlorientierte Akteure verstehen.

Es macht deswegen übrigens auch umgekehrt keinen Sinn, nun die Verantwortung für die Aufarbeitung einfach an den Staat oder an staatliche Behörden zu delegieren. Straftaten müssen im Rahmen der geltenden Gesetze verfolgt und geahndet werden. Das ist doch völlig klar, und es ist traurig genug, dass man diese Selbstverständlichkeit immer wieder wiederholen muss. Doch die weitere institutionelle Aufarbeitung ist mit der strafrechtlichen Aufarbeitung noch nicht zu Ende. Für die bedarf es der Kooperation mit externen Partnern, auch mit staatlichen – wobei Externität allein noch nicht Qualität sichert. Inzwischen gibt es auch viel Expertise im Inneren der Kirche, die bei der Beurteilung der Qualität von möglichen externen Partnern zur Beratung hinzugezogen werden kann.

Unabhängigkeit

Im Juni dieses Jahres fand in Berlin das Hearing des Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in den Kirchen statt. Das entscheidende Stichwort, das den ganzen Tag durchzog, lautete: "Unabhängige Aufarbeitung". Nur Personen, Kommissionen und Instanzen, die entsprechend mandatiert sind, können glaubwürdig aufarbeiten. Zur Mandatierung müssen die Bischöfe bereit sein. Das setzt die Bereitschaft voraus, Macht zu teilen und Kontrolle abzugeben. Und dies auf mehreren Ebenen.

- Monarchische Strukturen sind nicht geeignet zur Selbstaufklärung und -korrektur. Deswegen ist die Forderung nach dem Aufbau einer kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit, die auch die Orden mit einschließt, die richtige Forderung zur richtigen Zeit. Ausgearbeitete Vorschläge dazu liegen vor. Der Aufbau einer unabhängigen Gerichtsbarkeit geht einher mit einer Gewaltenteilung, die diesen Namen verdient. Diese entscheidet sich nicht zuletzt an der Frage, durch wen Richter und Richterinnen eingesetzt würden. Das erfordert eine Selbstbindung der bischöflichen Macht. Niemand kann die Bischöfe zwingen – sie müssen es selbst wollen und tun. Es ist zu wenig, wenn die Bischöfe vor zwei Tagen in

Fulda formulierten, sie wollten das Thema "in den Blick nehmen".

- Partizipative Strukturen stärken Schutz. Beispiel: 1983 wurde ein Priester – ein Jesuit – als Geistlicher Leiter der KSJ an die Sankt-Ansgar-Schule in Hamburg versetzt. Der Geistliche trat vor die Gruppenleiter und sagte sinngemäß, er habe sein Amt von oben, durch Weihe empfangen, und deswegen verstehe er es nicht als Wahlamt. Daraufhin wählte ihn die Stadtgruppe ab. Der Provinzial musste den Mitbruder abziehen. 2010 tauchte der Pater in den Missbrauchsberichten als Täter auf. Partizipative Strukturen schützen also. Warum ist es nicht möglich, Pfarrgemeinderäten ein echtes Partizipationsrecht bei der Besetzung von Pfarrerstellen einzuräumen, das nicht nur eine Anhörung ermöglicht, sondern auch ein Veto-Recht verleiht? Warum ist es nicht möglich, dasselbe Prinzip auf die Besetzung von Bischofsstühlen anzuwenden und entsprechend das Geheimverfahren durch Domkapitel bei Bischofswahlen zu öffnen? Schließlich: Eine Selbstbindung des Bischofs, wie sie im kirchlichen Vermögensrecht schon gang und gäbe ist, könnte auch in Bezug auf die Arbeit der Diözesan-Synodalräte vollzogen werden, indem der Bischof auf den Vorbehalt seines Veto-Rechtes verzichtet.
- Unter dem Stichwort "Verantwortung gegenüber Betroffenen" stellt die MHG-Studie auch das Verfahren der "Anerkennungszahlungen" in Frage. Ich weiß, wie schwierig das Terrain ist. Ein Zeichen gegenüber den Betroffenen wäre es vielleicht, noch einmal neu zu durchdenken, ob die Kirche nicht doch einen grundsätzlichen Verzicht auf die Einrede der Verjährung bei zivilrechtlichen Ansprüchen aussprechen könnte, selbst wenn solche Ansprüche gerade bei Institutionsversagen gerichtlich schwer nachweisbar und feststellbar sind. Ein anderes Modell könnte das der österreichischen unabhängigen Aufarbeitungskommission sein. Sie ist mit Kompetenzen ausgestattet, die auch die Bischöfe verpflichten.
- Direkte Akteneinsicht war ein weiterer zentraler Punkt in der öffentlichen Debatte um die MHG-Studie. Die Frage, die dahinter steht, lautet: Wie kann eine unabhängige Aufarbeitung so aufgestellt sein, dass ihre Glaubwürdigkeit unter Wahrung der rechtsstaatlich geltenden Personenschutzrechte aller Betei-

ligten gesichert ist? Diese Frage muss im Dialog mit der Politik geklärt werden, nicht nur im Gespräch mit dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung. Außerdem könnten die deutschen Bischöfe bei der anstehenden Synode im Februar darauf hinwirken, dass das Geheimarchiv für Missbrauchsakten kirchenrechtlich abgeschafft wird und der Schutz von Anvertrauten im Kirchenrecht verankert wird.

"Es wäre eine Illusion zu glauben, man könnte den herrschenden Klerikalismus überwinden, ohne das Kirchenrecht in zentralen Punkten zu ändern, den absolutistischen Jurisdiktionsprimat des Papstes eingeschlossen. Es wäre eine Illusion zu glauben, man könnte die männerbündischen Seiten kirchlicher Machtstrukturen überwinden, ohne den Pflichtzölibat aufzugeben und auch Frauen zum Priestertum zuzulassen. Es wäre eine Illusion zu glauben, man könne die Tabuisierung von Homosexualität überwinden, ohne insgesamt die Sexualmoral der Kirche zu revidieren. Alle diese seit langem kritisierten Missstände müssen freilich nicht nur aufgrund des Missbrauchsskandals beseitigt werden, sondern auch, weil sie der befreienden Reich-Gottes-Botschaft des Evangeliums widersprechen." Ich zitiere Gerhard Kruijff zustimmend vor allem auch wegen des letzten Satzes. Es besteht in der gegenwärtigen Institutionskrise die Versuchung, die genannten großen Themen bloß aus der Perspektive des Krisenmanagements zu betrachten. Aber es geht doch um die konstruktive Frage, wie das Evangelium heute gedeutet und gelebt werden soll. Nicht nur der Missbrauch verdunkelt das Evangelium, sondern auch das angstgetriebene Krisenmanagement, das ja letztlich nichts anderes ist als die Fortsetzung der narzisstischen Institutionenperspektive in den Prozess der Aufarbeitung hinein. Auch hier gilt das Prinzip: Institutionellen Narzissmus kann man nur überwinden, wenn es der Institution um mehr geht als um sich selbst.

Impuls bei der ZdK-Vollversammlung am 23.11.2018; auch veröffentlicht auf www.zdk.de/veroeffentlichungen/reden-und-beitraege, dort mit Anmerkungen und Belegen der Zitate.

Gemeinsam an einem Strang ziehen

Die Ziele des 3. Ökumenischen Kirchentags

Am 7. Dezember 2018 hat sich in Frankfurt das Präsidium des 3. Ökumenischen Kirchentags, der vom 12. bis 16. Mai 2021 in Frankfurt stattfindet, konstituiert. Ging es beim 1. und 2. ÖKT verstärkt um ein besseres Kennenlernen von Protestanten und Katholiken, so gilt es 2021, gemeinsam den Dialog mit anderen Religionen zu führen und sich in gemeinsamem christlichen Geist den Aufgaben in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zuzuwenden.

Beim ÖKT werden wir über die Kraft dessen sprechen, was uns gemeinsam trägt und antreibt, und können aus christlichem Geist an der humanen Gestalt der Welt und der Gesellschaft mitarbeiten. Trotz großer Fortschritte auf vielen Gebieten, trotz Wohlstand und Vollbeschäftigung stellen sich uns eine Fülle von Problemen und neue Aufgaben der Regulierung und Bewertung, die für ein humanes und gerechtes Zusammenleben nötig sind. Der Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sind ein nie zu erledigendes Pensum. Wir werden gefragt: Wie verhaltet Ihr Euch? Habt Ihr Antworten aus Eurem Glauben aus Eurer Tradition, aus Eurer Ethik? Genauer wird gefragt: Habt Ihr hierauf gemeinsame Antworten? Als Gesamtheit stellen Christen nach wie vor die größte Gruppe in der Gesellschaft dar. Und wir werden von ernsthaften Menschen gefragt, aufgefordert, uns einzumischen, mitzuwirken. Man traut uns vor allem dann etwas zu, wenn Christen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Die Demokratie steht derzeit in vielen Staaten vor ihrer größten Bewährungsprobe. Auch in Deutschland finden sich deutsch-nationale und rechtsextreme Vertreter in den Länderparlamenten und dem Deutschen Bundestag. Zusätzliche Gefährdungen der Demokratie ergeben sich durch die Verbreitung von falschen, anonymen oder gar mechanisch generierten Meldungen in den häufig so gar nicht sozialen sog. "Sozialen Medien". Ein internationaler Rahmen für die Anwendung des bewährten Presserechts ist überfällig, von den Erfordernissen der Transparenz in der Abschöpfung und Verwendung privater Daten ganz zu schweigen. Die Würde der Person ist vor anonymem Datenmissbrauch zu wahren. Unser Menschbild sieht uns als Schwestern und Brüder – als Kinder des einen Vaters – nach

Gottes Ebenbild von ihm ins Leben gerufen. Das bedeutet: Alle Menschen haben die gleiche unveräußerliche Würde. Wir werden nicht müde werden, uns für internationale soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Wer seine Heimat, seine Familie, sein Haus oder seinen Arbeitsplatz verlassen muss, weil er von Bomben, von terroristischen Schergen, von Diktatoren oder War-Lords bedroht ist und oft nur sein Leben retten will, braucht unsere Hilfe und Unterstützung! Das gilt auch dann, wenn jemand deshalb als "Hoffnungsflüchtling" seine Heimat verlässt, weil er oder sie nicht mehr weiß, wie man in der Heimat selbst unter Anspannung aller Kräfte ein menschenwürdiges Leben führen kann.

"Diese Wirtschaft tötet!" hat Papst Franziskus einmal über den Kapitalismus in seiner Heimat gesagt. Ich kenne bei uns viele Menschen, die in der Wirtschaft großen Einfluss haben und sich dabei ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln. Ich freue mich auf intensive Gespräche mit ihnen. Kein anderer Ort ist dafür so prädestiniert wie die Bankenstadt Frankfurt. Am deutschen Finanzstandort Nummer eins können wir gar nicht anders, als über die Ethik des Geldes und die Moral des Marktes zu sprechen.

Ich bleibe noch bei Franziskus, wenn ich ein letztes Themenfeld anspreche, das inzwischen größte Relevanz erlangt hat. Ich meine den Wandel des Erdklimas, der offenbar immer schneller voranschreitet. Wenn wir glauben, was wir im Credo bekennen, dass Gott der Schöpfer aller Dinge ist und er uns diese Erde nur zu treuen Händen anvertraut hat, dann haben wir hier die Verpflichtung, alles, was menschenmöglich ist, zu tun. Vom 3. Ökumenischen Kirchentag sollte gerade auf diesem Gebiet eine starke Botschaft ausgehen. Nach meinem Eindruck gibt es kaum ein Thema, bei dem sich unsere Kirchen inzwischen so nahe sind wie bei diesem.

Und schließlich: Frankfurt ist eine Großstadt mit einer kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt sondergleichen. Ich wünsche mir, dass wir diesen Kirchentag gemeinsam so gestalten, dass sich alle Menschen dieser Stadt eingeladen und angezogen fühlen von dem, was wir tun und sagen. Niemand, ob religiös oder nicht, soll sagen können: Ich war nicht gemeint. Lassen sie uns diesen 3. ÖKT also so gestalten, dass er für Viele relevant ist. Wir sind davon überzeugt, dass wir über Konfessionsgrenzen hinweg etwas beitragen können zur "Humanisierung" unserer Welt und zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen.

| [Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg](#) |

Katholischer Präsident des 3. ÖKT und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Religionsfreiheit als Menschenrecht

Die Situation im Nahen Osten

Religionsfreiheit wird im Allgemeinen definiert als die Möglichkeit, sich zu einer bestimmten oder zu keiner Religion zu bekennen, diese zu wechseln und das eigene Leben nach ihr auszurichten. Zur Religionsfreiheit gehört die Kultusfreiheit: Sie gewährt die Freiheit, sich mit Gleichgesinnten zu versammeln, Gottesdienst zu feiern und seinen Glauben – unter Wahrung der Sicherheit und der Freiheit anderer – öffentlich zu bekunden. Auch sieht die Religionsfreiheit die Erziehung und den Unterricht der Kinder gemäß der eigenen religiösen Überzeugung vor. Das Recht auf Religionsfreiheit wird getragen vom Gedanken der Menschenwürde und der Toleranz.

Schaltet man den Fernseher an, könnte man mit Blick auf die Arabische Welt den Eindruck gewinnen, es sei möglich, ein allgemeingültiges Bild des Extremismus und der Situation religiöser Minderheiten in der Region zu zeichnen. Schaut man hingegen genauer auf die Situation im Nahen Osten, Heimat verschiedener größerer und kleinerer christlicher Konfessionen und Wiege des Christentums, fällt auf, dass die Einschränkungen des Menschenrechts auf Religionsfreiheit von Staat zu Staat ebenso divers sind wie die Länder selbst.

In mehr als drei Viertel der Staaten dieser Welt ist das Recht auf Religionsfreiheit begrenzt. Die Einschränkungen sind vielfältig, denn bei der Bewertung der Situation der Religionsfreiheit in einem Land sind nicht nur der nationale Rechtsrahmen und das Handeln der staatlichen Instanzen ausschlaggebend. Eventuelle soziale Diskriminierungen in Form von mangelnder Chancengleichheit oder Benachteiligung Andersgläubiger bis hin zu gezielter Anfeindung, Verfolgung, Vertreibung und Gewalt gegenüber Angehörigen bestimmter religiöser Weltanschauungen müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Einige Beispielländer

In Saudi-Arabien beispielsweise, der Wiege des Islam

mit seinen heiligen Stätten Mekka und Medina, wo der wahhabitische Islam Staatsreligion ist und als normative Ordnung gilt, wird die Religionsfreiheit systematisch verletzt. Christen müssen im Schatten ihrer muslimischen Nachbarn leben und mit Anfeindungen und Diskriminierungen rechnen. Andere Glaubensrichtungen haben keinerlei Existenzberechtigung: Das politische und soziale Leben sind bestimmt durch das islamische Recht, die Scharia. Nichtmuslimen ist es nicht gestattet, ihren Glauben öffentlich zu bekunden. Der Besitz von nichtmuslimischen religiösen Gegenständen ist ebenso untersagt wie der Bau von öffentlichen Gebetsstätten. So treffen sich die Christen an geheimen Orten (meist in Privathäusern), um Gottesdienst zu feiern. Dies führt nicht selten zu Verhaftungen, da die saudische Religionspolizei, die für die Kontrolle der Einhaltung der Scharia zuständig ist, regelmäßig Razzien durchführt. Eine Konversion vom Islam zu anderen Religionen ist quasi unmöglich, denn die Abkehr vom Islam kann schwerwiegende Konsequenzen für Leib und Leben mit sich bringen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate – ähnlich wie Bahrain, Katar, Oman und Kuwait – bieten hingegen religiösen Minderheiten Schutz und stellen den Christen Land für den Bau von Kirchen zur Verfügung. Die christliche Gemeinschaft in den Emiraten ist groß und kulturell vielfältig, die Zahl der Kirchen aber begrenzt. So werden jedes Wochenende dutzende Gottesdienste in unterschiedlichen Sprachen und Riten mit Tausenden Gläubigen aus der ganzen Welt gefeiert. Die damit zusammenhängenden logistischen Probleme der Kirchen sind offensichtlich. Obwohl Kultusfreiheit besteht, kann man jedoch auch in diesen recht offenen Ländern der Arabischen Halbinsel nicht von Religionsfreiheit im umfassenden Sinne sprechen. Ein aktives Missionieren ist beispielsweise nicht gestattet. Ein öffentliches Glaubensbekenntnis außerhalb der genehmigten Gotteshäuser ist Nichtmuslimen in der Regel untersagt. In interreligiösen Beziehungen sind die Kinder im muslimischen Glauben zu erziehen. Dies sind Einschränkungen der Religionsfreiheit, die auf die strengen islamischen Moralvorstellungen auf der Arabischen Halbinsel zurückzuführen sind.

Inwiefern der Grad der Einschränkung der Religionsfreiheit vom guten Willen der jeweiligen Machthaber ab-

Islam

Religionsfreiheit

hängt, wird am Beispiel Ägyptens klar. Seit Beginn der Herrschaft al-Sisis hat sich die Situation der vorwiegend koptischen Christengemeinschaft verbessert, wie Mitglieder im Rahmen des von missio initiierten Netzwerks Religionsfreiheit erklärten. Während bis dahin die Kopten noch am Rande der Gesellschaft leben mussten – stigmatisiert durch die in offiziellen Dokumenten anzugebende Religionszugehörigkeit – und keine hochrangigen Positionen in Politik, Militär und an Universitäten bekleiden durften, regelmäßig mit Anfeindungen und gewaltsamen Übergriffen zu kämpfen hatten, eine Zensur für christliche Publikationen bestand, Kirchen niedergebrannt wurden und das Bild der Muslime in der Öffentlichkeit von fundamentalistischen und salafistischen Symbolen geprägt war, hat sich die Lage unter Präsident al-Sisi entspannt. So wurde beispielsweise das Gesetz zum Bau und zur Renovierung von Kirchen gelockert. Trotzdem kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Kirchen und Attentaten auf koptische Christen. In ärmeren Gebieten des Landes, die von Salafisten und Fundamentalisten kontrolliert werden, ist die Lage besonders schwierig.

Jordanien gehört zu den tolerantesten Ländern des Nahen Ostens: Die Scharia gilt als Quelle des Rechts, doch neben den Scharia-Tribunalen existieren weitere Gerichtshöfe der anderen anerkannten Religionsgemeinschaften, die sich mit Fragen des Personenstandsrechts - wie beispielsweise Eheschließungen, Familienangelegenheiten, Trennungen und Erbschaften - ihrer Gläubigen beschäftigen.

Neben einer umfassenden Kulturfreiheit genießen Christen sowohl auf sozialer Ebene als auch im Bildungs- und Gesundheitswesen ein hohes Ansehen, sind im Allgemeinen ökonomisch relativ gut situiert und pflegen einen regen Austausch mit ihren muslimischen Landsleuten. Doch auch die jordanischen Christen bleiben nicht unbehelligt vom zunehmenden Einfluss des politischen Islam im Land. Die religiöse Toleranz stößt vor allem beim Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion auf ihre Grenzen.

Das höchste Maß an Religionsfreiheit garantiert der Libanon, der im Gegensatz zu seinen Nachbarländern über keine Staatsreligion verfügt. Das Land ist geprägt vom Konfessionalismus, der den großen Religionsgemeinschaften des Landes eine garantierte politische Stimme

und staatstragende Rolle zuspricht, so dass ein gleichberechtigtes Zusammenleben zugunsten politischer Stabilität ermöglicht wird.

Religiöse Zugehörigkeiten bestimmen den Alltag der Menschen. Entsprechend schwer tut sich der Libanon, eine einheitliche nationale Identität für sich zu definieren, und so werden immer wieder Stimmen laut, die dem Konfessionalismus die Schwäche und Korruption des Landes zur Last legen.

Die christliche Tradition ist vor allem in den Ländern des Nahen Ostens in Gefahr, wo seit Jahren Krieg herrscht: in Syrien, im Irak und im Jemen. Mit dem steigenden Einfluss islamistischer Gruppierungen und dem Beginn der gewaltsamen Konflikte verließen hunderttausende Christen ihre Heimatstädte oder sogar ihr Land, das ihnen keine Sicherheit mehr vor Anfeindungen, Gewalt und Terror bieten konnte.

Die Kriege in der Arabischen Welt haben einen christlichen Exodus herbeigeführt.

Herausforderungen

Dies macht umso deutlicher, dass eine friedliche Koexistenz der Religionen eine Zukunft bestimmende Notwendigkeit ist, die die katholische Kirche mehr denn je vor die Herausforderung stellt, den interreligiösen – insbesondere den christlich-muslimischen – Dialog in der Arabischen Welt zu fördern. Dazu gehören gegenseitiger Respekt und Vertrauen ebenso wie die Suche nach Gemeinsamkeiten und verbindenden Elementen zwischen den Religionsgemeinschaften zugunsten der Verständigung.

Das "Netzwerk Religionsfreiheit" des Internationalen Katholischen Missionswerks missio setzt sich für diese Ziele ein. Es bringt Kirchenvertreter und internationale Experten aus dem Nahen Osten und Nordafrika zusammen, um gemeinsam im direkten und vertrauensvollen Austausch die großen Herausforderungen im Bereich der Religionsfreiheit zu erörtern und Perspektiven zu entwickeln, wie die Religionsfreiheit weltweit gefördert werden kann.

| [Lydia Klinkenberg](#) |

Referentin für Menschenrechte bei missio –
Internationales Katholisches Missionswerk e. V.



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Gott bleibt dabei, auch wenn keiner mehr hinschaut

Eine Weihnachtsmeditation

Das biblische Gemälde "Gott wird Mensch" – gemalt in kräftigen Farben wie Nüchternheit, Klarheit, Faszination, Emotion und Staunen, die transparent wirken im Firnis des ausklingenden Gotteslobs der Hirten auf dem Felde – vollendet Lukas mit einem Pinselstrich klarer Worte: "Die Hirten kehrten zurück!" (Lk 2, 20).

Zurück, also weg vom Ausnahmeereignis "Stille Nacht, heilige Nacht", weg von Krippe und Stall, weg von Engeln und auch von den himmlischen Heerscharen. Einfach weg, so auch die Könige – oder waren sie Sterndeuter, oder Weisen? Ochs und Esel, die sind vielleicht noch geblieben, die Kamele aber sicher nicht, sie sind wie alle weg.

Maria und Josef sind wahrscheinlich schon vor den Hirten weg gewesen, allerdings in eine für sie wohl unbekannte, fremde Welt der noch nicht gemalten Bilder. Wie die Hirten, auch alle anderen weg, zurück in den Bilderrahmen ihrer Alltage, in der Nase vielleicht noch etwas von dem verduftenden Duft heiligster Nacht, die für ihr Leben aber ohne sichtbare Konsequenzen blieb. Alle die, die weg waren, die Zeuginnen und Zeugen der ersten weihnachtlichen Stunden, wussten sie denn von dem späteren Aufenthalt Jesu in der Wüste, von seiner Begegnung mit Johannes seinem "Vorgänger" und Zachäus dem Neugierigen, und von der Bergpredigt für Interessierte? Waren sie im Bilde, den Verrat, die Gefangennahme, seinen Tod am Kreuz und die Farbenpracht seiner Auferstehung und Himmel-

fahrt betreffend? Und zum Beispiel die Kinder der Heiligen drei Könige – vielleicht waren es ja auch vier –, wurde ihnen erzählt von dem Pfingstereignis und der Geistsendung in Flammen, mit der in der Malerei bevorzugten Farbe Rot? Haben diese Kinder überhaupt irgendwie bei ihren königlichen Eltern nachgefragt, nachfragen können, oder die Kinder der anderen bei ihren Eltern?

Springen wir jetzt über 2.000 Jahre Christentum, in denen unzählige Bilder der Causa Jesu gemalt, komponiert, gedichtet und verschriftlicht wurden, vor welchem Hintergrund auch immer, hinweg in die Gegenwart: Die Frauen und Männer der ersten weihnachtlichen Stunde, fast verblasste Bilder, aber reich geschmückt – alles, was von ihnen erzählt werden konnte, ist auserzählt. Weihnachten verdunstet auf den Weihnachtsmärkten zum "Glühweinfest". Der Nikolaus hat in den Regalen der Supermärkte den Kampf mit dem Weihnachtsmann, beide ganz in Schokolade, noch nicht richtig begonnen, mangels Marktreife schon verloren. Erinnerung erinnert die Menschwerdung in Bibliotheken, Gemäldegalerien und im WorldWideWeb.

Weiter in die Zukunft: Der 25. Dezember ist Gegenstand der Altertumsforschung und längst ein Arbeitstag. Die Bibel ist, von Literaturpreisen flankiert, verdichtet auf einen längeren Satz mit fünf Kommata und Buchpreisbindung. Das Weihnachtskind und der zwischendurch zum Rieseneichhörnchen mutierte Osterhase, sie sind ineinander verschmolzen zur Kuschelhülle mit Ohren für Pads und Handys. Und der Alltag des unstillbaren Hungers nach dem Fest, gepaart mit Unwissenheit, hat längst vergessen, Hunger überhaupt gehabt zu haben. Das Fest hat ein Alltag begraben, und mit ihm auch die über tausend Jahre an die Öffentlichkeit gezerzte Geburt Jesu. Mittlerweile ist das Krippenmotiv der Kategorie Landschaftsmalerei zugeordnet, Kirche als Erzählort schon längst tot, vertuscht, die Menschwerdung ohne Absicht einfach vergessen. Weihnachten wird nicht mehr erzählt und ist in Suchmaschinen auch nicht mehr zu finden.

Fazit: Absolute Stille. Und Gott bleibt dabei: Ich bin Mensch geworden, auch wenn keiner mehr hinschaut.

| **Christoph Stender** |

Geistlicher Rektor des Zentralkomitees der
deutschen Katholiken

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch
auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner